so schwer schreibbaren Sprachen, besonders das außer Europa am meisten verbreitete Englisch und Französisch korrekt und schnell wiederzugeben. Es geschieht dies zwar in einer eigenen Schrift, die aber der Regierungsbeamte als die neueste europäische Errungenschaft schon kennt, und von der man auch leicht, wenigstens zum Lesen, in die andere Schrift umlernen kann, während das Schreiben in seiner jetzigen Schrift der Engländer und Franzose selbst nie sicher beherrscht. Da deshalb und aus anderen Gründen auch wohl bald Bücher in der neuen Schrift erscheinen werden, ist es zu wünschen, daß der Missionar früh genug zu dem neuen Kulturmittel greift, das ihm ein glücklicher Nachahmer des heiligen Cyrillus bietet, damit er seine und seiner Mitarbeiter Wirksamkeit vervielfachen kann, und um so eher voll und ganz der Befehl des göttlichen Heilandes erfüllt, und allen Völkern das Heil verkündet werde.

Der Verrat an den christlichen Missionen.

Eine englische Stimme zur deutschen Missionsfrage aus Südafrika¹.

In unserem letzten Heft veröffentlichten wir die Angaben einer zuverlässigen indischen Zeitung, welche den großen Schaden dartun, den der von den Kriegsherren in Paris veröffentlichte „Fetzen Papier“ der Sache der christlichen Missionen zugefügt hat. Seitdem haben wir aus einer vertrauenswerten Quelle Nachrichten erhalten, die da zeigen, daß der von diesen Männern angerichtete Schaden viel näher unserem eigenen Land ernstliche Folgen nach sich zieht.

Von den 23 katholischen Missionen, welche unter dem Apostolischen Vikar von Dar-es-Salam standen, sind augenblicklich nur 10 in Gang. Die anderen stehen leer, weil die Militärbehörden sie ihres bisherigen Klerus beraubten. Der Apostolische Vikar von Kilimandjaro, Bischof Munsch, und Bischof Vogt in Bagamoyo sind beide, praktisch genommen, Gefangene, obwohl sie beide Elässer sind. Man versteht ohne weiteres, was dies für die ihnen anvertrauten Missionen bedeutet, selbst wenn noch alle einzelnen Missionare an ihren Posten wären.

Diese unerhörten Angriffe auf die Rechte der christlichen Missionen sind gesetzmäßig, wenn sie hundertmal ungerecht sind; denn der Vertrag von Versailles hat sie zum Gesetz erhoben wie so viele andere scheußliche Ungerechtigkeiten. Als General Smuts diesen Vertrag unterzeichnete, sagte er uns, und das war sehr klug von ihm, daß er nicht erwarte, daß wir zu diesen Untaten Ja und Amen sagen sollten. Er wünschte nur, daß Südafrika so höflich sein sollte, seine Unterschrift zu bestätigen.

Wir müssen dem General Smuts soviel Gerechtigkeit widerfahren lassen, anzuerkennen, daß er aus seiner Mißbilligung des Artikels 438 des Versailler Vertrages nie ein Hehl machte, sowie daß er in dem „Mandat“-Gebiet von Südwestafrika alles getan hat, was sich mit administrativen Mitteln erreichen läßt, um die unsittlichen Punkte des Vertrages zu mildern.

Im April l. J. empfing er eine Abordnung der KapSynode der „holländischen reformierten Kirche“, die ihn ersuchte, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, die Ausweisung deutscher Missionare aus englischem Gebiet zu verhindern. Die Abordnung brachte die Ansicht der Synode zum Ausdruck, daß christliche Missionen nicht als eine schlechtthinnig politische, sondern als eine übernationale Angelegenheit betrachtet werden müssen, die daher auch ein Anrecht auf besondere Behandlung haben.

General Smuts gab zur Antwort, der Artikel 438 des Vertrages, welcher die Ausschließung deutscher Missionare aus alliierten Ländern verfügt, sei einer der „miscellanea“ der Friedenskonferenz, die gerade noch vor Torfschluß eilig unter Dach gebracht wurden. Er war derselben Ansicht wie die Abordnung, daß diese Einschran-

¹ Rev. Dr. Sidney Welch in The Catholic Magazine for South Africa, Sept. 1920 (überfetzt und vermittelt von Missionar P. Wanger aus Mariannhill).

kungen weder wünschenswert noch notwendig seien; aber er sei verpflichtet, sich an die Entscheidungen der Konferenz zu halten. Solange er selbst in Ostafrika den Oberbefehl führte, habe er sich der Deportation deutscher Missionare widersetzt, aber seine Nachfolger hätten wesentlich andere Wege eingeschlagen. Sobald General Botha davon hörte, daß Missionare aus Westafrika deportiert wurden, habe er sich gegen diese Politik erklärt. Aber einige seien schon ausgewiesen gewesen.

Auf eine direkte Anfrage von einem Mitglied der Abordnung hin gab aber General Smuts das Versprechen, er wolle sein Bestes tun, um die Abschaffung dieses Artikels herbeizuführen. Was bedeutet dieses Versprechen? Bedeutet es nur so viel, daß er sich erst einmal rühren wird, wenn alle die Missionen schon zerstört sind?

Wo unsere Regierung selbst die volle Gewalt in der Hand hat wie im Südwest-Protektorat, ist ein großer Fortschritt in humaner Behandlung zu verzeichnen. Aber die Unterschrift des General Smuts hat Südafrika zum Mitschuldigen an den groben Ungerechtigkeiten gemacht, wie sie in anderen Teilen Afrikas, in Indien und überall dort vor sich gehen, wo der von den Alliierten geschriebene Gesetzesbuchstabe gilt, sei es in seiner ganzen Ausdehnung oder zum Teil.

Da vielleicht vielen unserer Leser dieser Artikel 438 nie unter die Augen gekommen ist, drucken wir ihn hier aus dem offiziellen Text des Vertrages ab. Er lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte sind übereingekommen, daß, wo christliche religiöse Missionen von deutschen Genossenschaften oder Personen in Gebieten, die ihnen zu eigen gehören, oder die der Regierung dem vorliegenden Vertrag gemäß als Guthänder übertragen werden, das Eigentum, das die Missionen oder Missionsgenossenschaften besitzen, einschließlich des Eigentums von Handelsvereinigungen, deren Reingewinn dem Unterhalt von Missionen dient, auch in Zukunft Missionszwecken dienen soll. Um die gehörige Ausführung dieser Verpflichtung sicher zu stellen, werden die alliierten und assoziierten Regierungen solches Eigentum Ausschüssen von Kuratoren überweisen, die von den betreffenden Regierungen ernannt oder wenigstens bestätigt werden, und aus Personen bestehen, welche der gleichen Religion angehören wie die Missionen, um deren Eigentum es sich handelt. Während einerseits die alliierten und assoziierten Regierungen fortfahren werden, über die einzelnen Personen, welche die Missionstätigkeit ausüben, volle Kontrolle zu führen, werden sie andererseits für die Sicherstellung der Interessen solcher Missionen Sorge tragen.“

Wir riskieren es zu behaupten, daß, hätte Deutschland den Krieg gewonnen, die deutschen Katholiken, die sich in so rühmlicher Weise einem Bismarck in der Stunde seines Triumphes widersetzen, ihre Regierung nie hätten eine solche Klausel zum Gesetz erheben lassen, die den Status der christlichen Missionen so herabwürdigt und gegen alles christliche Fühlen ist.

Das ganze Gerede über „Sicherstellung der Interessen der Missionen“ in dem fraglichen Artikel ist nichts als reine Heuchelei. Und zwar beweisen das die tatsächlichen Verfügungen, die den Missionen ihren katholischen Charakter rauben und sie bedingungslos solch eifrigen Missionsfreunden ausliefern als da sind die republikanische Regierung Frankreichs, die Freunde eines Generals Dyer in Indien, der Kaiser von Japan, der König von Siam, die portugiesischen Politiker und der arabische König von Hedjaz. Man kann sich ja ein lebhaftes Bild machen von der skrupulösen Sorge für die Wohlfahrt der christlichen Missionen, welche ihrer Verwaltung von seiten solcher „gentlemen“ ihr Siegel aufdrücken wird, wenn sie einmal das Eigentum der früheren deutschen Missionen in die Hand bekommen!

Wir wissen ja, was in Frankreich geschah, als das Eigentum der religiösen Orden, ihre Schulen und Häuser unter dem Gesetz konfisziert wurden, das die Trennung von Staat und Kirche festlegte. Die Liquidationsbeamten erlauben sich bekanntlich solch groben Betrug, daß wahrhaftig wenig genug in die Schatzkisten des Staates floß. Es wurde damals öffentlich konstatiert, daß die Regierung solchem Treiben gegenüber ein Auge zudrückte, um ihre politischen Freunde zu entlohnen. Wenn es nun so mit dem Eigentum von Franzosen in Frankreich ging, so können wir uns leicht vor-

stellen, wie es mit dem Eigentum von Feinden gehen wird, die niemand haben, der in irgendeiner Form ihre Vertretung übernehme. Es heißt nicht vorschnell urteilen, wenn man behauptet, daß das deutsche Missionseigentum in französischen Gebieten keine sehr große Zahl von Kuratoren benötigen wird, wenn es einmal durch die Hände der Regierungsbeamten gegangen ist.

Ferner errichtet dieser Artikel gerade die Staatskontrolle über die Betätigung der Kirche, gegen die die deutschen und amerikanischen Katholiken einen so harten und erfolgreichen Kampf geführt haben. Die französischen Katholiken unterlagen in einem solchen Kampf mit ihrer Regierung im Jahre 1905, aber der Weisung des Papstes gemäß überließen sie lieber ihr Eigentum dem Staat, als daß sie Bedingungen annahmen, die sich nicht wesentlich von denen des in Frage stehenden Artikels unterscheiden.

„Die alliierten und assoziierten Regierungen . . . werden die Interessen solcher Missionen sicherstellen.“ Was für eine Ironie! Und was für eine Heuchelei!

Kann man zu der portugiesischen Regierung das Vertrauen haben, daß es Interessen schützt, die es in Portugal mit Füßen getreten? Wie werden französische Beamte, die in Frankreich Atheisten sind, zu Förderern des Evangeliums in Togo werden? Kann sich jemand vorstellen, wie der König von Siam eine Gesandtschaft auf die Beine bringt, die Europa absuchen soll, um Ersatz zu finden für die deutschen oder österreichischen Missionare, die vielleicht dort Missionen unterhalten hatten? Und welchen Fortschritt hat jetzt nach zwei Jahren Frieden die englische Regierung in Ostafrika aufzuweisen im Auffinden von Missionaren, deren Aufgabe es wäre, die bewundernswerte Arbeit fortzuführen, welche deutsche Missionare in diesem Teil des Weinbergs des Herrn verrichteten?

Kein Christ, der diesen Namen verdient, kann es schweigend hinnehmen, wenn weltliche Regierungen in einem amtlichen Schriftstück, welches für die ganze Welt Gesetz sein soll, sich das Recht anmaßen, „volle Kontrolle über die einzelnen Personen auszuüben, welche die Missionstätigkeit ausüben“ und Deutsche und Österreicher so lange von der Ausföhrung eines göttlichen Auftrages auszuschließen, als es den niedrigeren Zwecken der alliierten Politiker in den Kram paßt. Das ist geistige Tyrannei von ungewöhnlicher Art, und bedeutet Verrat an dem Andenken an die vielen prächtigen jungen Männer, die da glaubten, sie stürben für die Erköämpfung größerer Freiheit.

Wir wollen nicht behaupten, daß solche Tyrannei ungewöhnlich sei, wenn wir einen Blick auf die Geschichte aller größeren Mächte in der Vergangenheit werfen; aber diese Art von Tyrannei wurde in der Regel verdeckt und alle Spuren, die sie hätte zurücklassen können, wurden sorgfältig verwischt; „spurlos versenkt“, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen. Es liegt etwas Ungewöhnliches darin, daß Regierungen so etwas in feierlichem Konklave formulieren. Und etwas noch Ungewöhnlicheres darin, dies als Verteidiger des Glaubens und Vorkämpfer für die christliche Zivilisation zu tun!

Eine solche Politik ist aber auch sehr kurzfristig. Sie raubt den davon betroffenen Völkern schätzenswerte Vorteile, nur um für den Augenblick die blinde und beschämende Leidenschaft der Rachsucht zu befriedigen. Die deutschen und österreichischen Missionare waren zu wirklichen Wohltätern der Länder geworden, denen sie ihr Leben widmeten; oft brachten sie auch Geld und Güter ins Land, die ihnen von frommen Freunden in Deutschland und Österreich geschenkt wurden. Von seltenen Ausnahmen abgesehen haben sie sich in das politische Getriebe ihrer zweiten Heimat nicht eingemischt. Und solche seltene Ausnahmen könnten ganz leicht unter dem gewöhnlichen Landesgesetz abgehandelt werden.

Wenn ihre tüchtige Arbeit eine ganz bedeutende Reklame für ihre bezüglichen Heimatländer darstellte, so ist das eine Art von Reklame, die wir in unserem eigenen Interesse nur begrüßen können. Konkurrenz in solcher Reklame wäre die größte Wohltat, die sich ein Land wünschen könnte. Aber der Artikel 438 des Pariser Ukas tut der ganzen Welt kund, daß es von nun an keinem Deutschen oder Österreicher

gestattet sein wird, sich des Wohls und Wehe der Eingeborenen anzunehmen, wo die alliierten und assoziierten Politiker so viel Gewalt haben, daß sie es verhindern können.

„Beket und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Hl. Geistes!“ Diesem Ruf folgen alle, die den Missionsgeist haben. Aber heutzutage haben die alliierten und assoziierten Politiker der Welt ihre Absicht verkündet, es jedem Deutschen und Österreicher unmöglich zu machen, diesem Ruf nach Afrika, Indien oder China zu folgen. Können diejenigen unter uns, welche darauf Anspruch machen, Christen zu sein, es zugeben, daß dieses Veto gegen den Hl. Geist zu Recht bestehe?

Ein Protest des deutschen katholischen Missionsausschusses.

Die diesjährige Tagung des deutschen katholischen Missionsausschusses, die unter dem Vorsitz des Fürsten Löwentein am 13. September zu Würzburg abgehalten wurde, sah sich genötigt, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Auf dem Katholikentag zu Liverpool am 31. Juli 1920 hat Se. Eminenz Kardinal-erzbischof Bourne von Westminster in seiner Eröffnungsrede sich gegenüber den deutschen katholischen Missionen geäußert. Wir bedauern, daß sich in den Worten des hochgestellten Kirchenfürsten kein Ausdruck der Teilnahme für die ungerecht vertriebenen und von ihren Missionen ferngehaltenen deutschen katholischen Missionare findet. Demgegenüber verweisen wir dankbar auf die oftmals geäußerte Stellungnahme des Hl. Vaters und der kirchlichen Behörden, die schon wiederholt und feierlich gegen die Vergewaltigung der deutschen Missionen und die Verletzung der kirchlichen Rechte Verwahrung eingelegt haben. Der britische Kirchenfürst erklärt als für die derzeitige englische Missionspolitik ausschließlich maßgebend die Entscheidung der einzelnen britischen Gouverneure, und findet das Verhalten der Londoner Regierung gegen die deutschen Missionare und Missionsschwester vollkommen gerechtfertigt. Unsere Besorgnis, daß eine solche Kundgebung aus dem Munde eines Kirchenfürsten die schlimmsten Folgen für die Zukunft der Missionen nicht nur in den britischen, sondern auch in allen anderen Missionsländern nach sich ziehen kann, wird zweifelsohne von den Katholiken der ganzen Welt geteilt werden. Unter der Verbürgung der strengsten Loyalität unserer deutschen Glaubensboten verlangt der am 13. September 1920 zu Würzburg tagende deutsche katholische Missionsausschuß im vollen Einvernehmen mit dem Hl. Stuhle diejenige Freiheit für die Erfüllung der Missionspflicht, die Christus selbst für seine Boten fordert. Auch unseren deutschen Missionaren gilt der Auftrag Christi: Beket hin in alle Welt und lehret alle Völker!“

Besprechungen.

Arnold Janssen, der Gründer des Steyler Missionswerkes. Ein Lebensbild von **Hermann Fischer** S. V. D. Mit Buchschmuck und vielen Abbildungen. (VIII u. 493 S.) Geb. Mk. 12.— mit 50 % Teuerungszuschlag. Steyl, Missionsdruckerei.

Der Name Arnold Janssen wird unter den Führern in der zu neuem Leben erwachenden Missionsepoche des letzten Jahrhunderts stets mit an erster Stelle genannt werden. Denn mit rastlosem Eifer und unerbittlicher Energie hat er sich für die Wiedererweckung des Missionsgedankens in Deutschland, Holland und Österreich eingesetzt und sich dadurch unschätzbare Verdienste erworben. Mit dankbarer Freude muß deshalb jeder Missionsfreund das Werk des durch sein Büchlein „Jesu letzter Wille“ bereits rühmlich bekannten P. Fischer begrüßen, in dem uns der für die Missionsbewegung so hochverdiente Priester in seinem Leben und Wirken anschaulich vor Augen geführt wird.